

INFOBLATT

Stand 25.06.2021

Bayerns starke Mitte – Politik für die Zukunft unserer Heimat

Wir packen an: Starke Kommunen für die Zukunft Bayerns

- Wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag halten Wort: Um die Schwimmkompetenz von Kindern und Jugendlichen zu stärken, gibt der Freistaat innerhalb von sechs Jahren **120 Mio. Euro für die Schwimmbadsanierung** aus. Die Sanierung kommunaler Schwimmbäder fördern wir damit ganz gezielt. Durch die im Koalitionsvertrag vereinbarten Mittel im Rahmen des **Sonderprogramms „Schwimmbadförderung“** werden interkommunale Lösungen besonders berücksichtigt. Für uns ist das ein Riesenerfolg, hatten wir doch bereits vor mehr als zwei Jahren den entscheidenden Antrag gestellt, den wir als Regierungspartner nun umsetzen. Denn wir sind überzeugt, dass Kinder bereits im Grundschulalter schwimmen lernen müssen. Das Sonderprogramm ist für uns jedoch nur der Einstieg in eine noch stärkere Förderung kommunaler Schwimmbäder. Denn auf die sieben Regierungsbezirke heruntergerechnet reichen 20 Mio. Euro im Jahr nicht aus, um den Sanierungsstau abarbeiten zu können. Wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion bleiben an diesem Thema dran.
- Für Sportanlagen in **strukturschwachen Räumen sowie in finanziell weniger leistungsfähigen Gemeinden** haben wir im Doppelhaushalt 2019/2020 zusätzlich zehn Mio. Euro möglich gemacht. Insgesamt stehen jetzt **25 Mio. Euro** für den **Vereins- und Verbandssportstättenbau** zur Verfügung. Mit den Mitteln sollen die über 4,6 Mio. aktiven Sportlerinnen und Sportler in den 12.000 Vereinen des Bayerischen Landes-Sportverbands erhebliche Verbesserungen erfahren, gerade beim Vereinssportstättenbau. Mit dieser Förderkulisse ist ein wirkungsvolles Programm zur Unterstützung der Sport- und Schützenvereine in den finanzschwächeren Gemeinden Bayerns aufgelegt worden.
- Jeder Mensch hat ein Recht, nach seiner weltanschaulichen und insbesondere seiner religiösen Haltung auch ohne Sarg bestattet zu werden, soweit öffentliche Belange nicht entgegenstehen. Auch Hinterbliebene haben ein Recht darauf, ihre verstorbenen Angehörigen in einem würdigen Rahmen beizusetzen. Wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion haben uns deshalb in Regierungsverantwortung dafür eingesetzt, dass die **Bestattungsverordnung den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst** wird. Gerade mit Blick auf die Grundrechte Religionsfreiheit und

Menschenwürde steht ein offener Umgang mit dem Bedürfnis nach einer angemessenen und würdevollen Beisetzung außer Frage, z. B. nach einer Bestattung im Leichentuch aus religiösen Gründen. Mit der neu überarbeiteten Bestattungsverordnung ist dies nunmehr möglich.

- Wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag wollen **Jugendliche aktiv am politischen Entscheidungsprozess beteiligen**. Derzeit erleben wir hautnah wie engagiert sich junge Menschen in die politische Debatte einbringen und sich insbesondere für die Themen starkmachen, die ihre und nachkommende Generation direkt betreffen. Beobachtbar ist das nicht nur bei aktuellen Themen, die junge Menschen bewegen, sondern insbesondere in der Debatte um eine **Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Kommunalwahlen**, eine Forderung, die wir als FREIE WÄHLER-Landtagsfraktion unterstützen.
- Um die rückläufigen Zahlen bei den **Ehrenämtern** aufzufangen, wollen wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag mehr Anreize schaffen. Denn leider sind immer weniger Menschen bereit, langfristig ein Ehrenamt zu übernehmen. Dies führt dazu, dass im Freistaat viele essentielle Stellen, z.B. im Katastrophenschutz und bei den Rettungsdiensten, unbesetzt bleiben. Wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion wollen mehr Menschen für die Übernahme eines Ehrenamtes in Bayern überzeugen. Deshalb setzen wir uns verstärkt für die Anerkennung engagierter Bürgerinnen und Bürger mit dem Ziel ein, bestmögliche Rahmenbedingungen für eine aktive Bürgergesellschaft in Bayern zu schaffen. Das bedeutet vor allem Abbau von bürokratischen Hürden und eine bessere steuerliche Berücksichtigung des Ehrenamts. Wir treten darüber hinaus ein, dass weitere Anreize im öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen geprüft werden.